

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift  
Tageblatt Riesa.  
Herrn R. Nr. 20.  
Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptkonsulats Weissenhofseebestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Riesa 1500.  
Verleger:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 230.

Donnerstag, 2. Oktober 1930, abends.

88. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftskonto: Postfach Nr. 52. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübner, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Die Quintessenz des Regierungsprogramms.

Das Sanierungsprogramm der Reichsregierung hat in der ganzen Presse sofort ein überaus hartes Echo gefunden. Schon kommen auch die ersten Nachrichten aus dem Auslande. Nimmt man alles in allem, dann muß anerkannt werden, daß das Kabinett Brünning mit eisernem Willen im deutschen Reichshaushalt, sowie in den Haushalten der Länder und der Gemeinden Ordnung zu schaffen verucht. Darüber können auch Beanstandungen und Zweifel, ja selbst Ablehnungen im einzelnen nicht hinwegtäuschen.

### Ein entscheidender Versuch.

Die Reichsfinanzminister Dietrich in der Presse-Rede am Dienstag treffend hervorgehoben. Handelt es sich bei dem ganzen Sanierungsprogramm um einen entscheidenden Versuch, der gewaltigen Arbeitslosigkeit, die aus der Wirtschaftskrise geboren ist, beizukommen. Zu dem Zwecke erfordern die Maßnahmen der Beamtenbesätze, die bei den höheren und höchsten Beamten am größten sind. Es ist volkswirtschaftlich durchaus richtig gedacht und wird bei der erdrückenden Mehrheit unserer Volkswirtschaften Zustimmung finden, daß die oberen Beamtenbesätze mit gutem Beispiele vorangehen. Dadurch wird auch den ärmlichen Beamtenkategorien das Opfer der Gehalts-Erhöherungen schmackhafter gemacht, wenn gleich es für sehr viele Familien noch bitter genug bleibt.

Der Sinn des Abbaues der Beamtenbesätze und der geplanten Senkung der Reallohnverhältnisse besteht darin, den Lohn- und Preisabbau, von dem das Sanierungsprogramm auf allen Gebieten wenig spricht, zu forcieren. Es kann aber nur ein Zweifel darüber bestehen, daß die genannten und anderen Maßnahmen des Sanierungsprogramms geradezu als Auslastung zum Lohn- und Preisabbau charakterisiert werden müssen. Wird dieses Ziel erreicht, dann werden die Selbstkosten in der deutschen Volkswirtschaft gedrückt, was wiederum zur Folge hat, daß die Wettbewerbsfähigkeit von Industrie, Handel und Gewerbe gegenüber dem Ausland eine Steigerung erfährt. Bessert es dadurch, die Einfuhr zu drockeln und die Ausfuhr zu steigern, dann rücken wir dadurch auf eigenen Füßen dem Problem der Wirtschaftskrise zu weichen, vermindern die Zahl unserer Arbeitslosen und verkleinern die ungeheuren Fürsorgekosten, die auf den öffentlichen Körperlasten ruhen.

### Ein Appell an die Vernunft.

Das Sanierungsprogramm erweitert sich bei näherem Studium als ein erschütterndes Dokument der finanziellen und wirtschaftlichen Not, in der sich gegenwärtig das deutsche Volk befindet. Es zeigt aber auch deutlich die Mittel und Wege auf, die uns aus dieser Notlage herauszuführen können und sollen. Gerade deshalb stellt es einen warmen Appell an die politische Vernunft aller derer dar, die für die Annahme oder Ablehnung dieses Finanz- und Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung die Verantwortung tragen. Die öffentliche Meinung Englands und Amerikas ist sich einig darüber, daß das Sanierungsprogramm den deutschen und europäischen Willen der Reichsregierung befähigt, den Reichshaushalt endgültig zu stabilisieren und die deutsche Wirtschaft zu sanieren. Keine Frage, es ist ein erster und entscheidender Schritt, das Chaos abzuwenden.

Man kann es verstehen, daß die angestrichelte Presse die Gelegenheit nicht vorbegehen läßt, ohne auf die Jahresberichte des Entschuldigungsagenten Barker-Wilbert hinzuweisen. Nicht nur in seinem letzten, sondern auch schon in seinem vorletzten Jahresbericht hatte Barker-Wilbert angedeutet, daß deutsche Steuererlöse zu vereinheitlichen, die Reallohnverhältnisse zu senken, die Beamtenbesätze zu kürzen, die Sozialgesetzgebung zu überprüfen und vor allen Dingen auch den endgültigen Finanzausgleich durchzuführen. Alle Kernforderungen des Entschuldigungsagenten sind in dem Sanierungsprogramm des Kabinetts Brünning berücksichtigt. Das ist für die Kreditwürdigkeit und die Wirtschaftskraft des Deutschen Reiches und seiner Wirtschaft keineswegs von untergeordneter Bedeutung.

### Keine Zeit zu verlieren.

Das Programm der Reichsregierung stellt den deutschen Reichstag vor eine große Entscheidung. Er hat darüber zu entscheiden, ob er die Annahme einer dauerhaften finanziellen und wirtschaftlichen Gesundung ermöglicht und erleichtert, oder erschweren und verhindern will. Dabei hat er nicht viel Zeit zu verlieren. Wenn sich im Reichstag wider Erwarten eine Mehrheit für die Maßnahmen des Kabinetts nicht finden sollte, dann bedeutet dies eine Gelähmung von Volk und Staat, die in ihrer ganzen Tragweite noch gar nicht abzusehen ist. Dieser Auffassung der „Germania“ können wir uns nur anschließen. Dann werden wir nämlich auch die Rechte, die wir erwarten und bedürfen, nicht erhalten, obwohl sie jetzt schon in höherer Aussicht stehen. Das weitere ist dann ein Chaos, für das diejenigen die Verantwortung tragen, die sich aus untergeordneten und unbilligen Gründen einer lebenswichtigen Entscheidung entziehen.

Ein Blick in die Parteipresse ist wenig erbaulich. Schweigen wie von der „Roten Fahne“! Der sozialdemokratische „Vorwärts“ lehnt in auffälliger Schärfe das Sanierungsprogramm ab, weil es für die Produktion keine Belastung bringt, sondern lediglich für die arbeitenden Klassen. „Total-anzeiger“ kommt genau zu dem entgegengesetzten Ergebnis, denn er findet in der Erhöhung des Lohnes und der Heraushebung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung eine neue und unerträgliche Belastung der Wirtschaft. Die deutschnationale Presse, die der Unbilligen und der Nationalsozialisten kritisiert weiter, daß das Programm mit keiner

## Besprechung über die Regierungsbildung in Sachsen.

### Ein Regierungsprogramm.

1. Dresden. Am Mittwoch fand im Landtag eine Besprechung statt, zu der die Wirtschaftspartei, die Deutsche Volkspartei, die deutschnationale Volkspartei, Landvolkspartei und die Nationalsozialisten Vertreter entsandt hatten. Auch die Christlich-sozialen, Volkrechtspartei und Konserwativen waren vertreten. Die Nationalsozialisten sowie die Demokraten waren, wie schon bei früheren Besprechungen, fern geblieben. Bis auf diese beiden Gruppen hatten die anderen Fraktionen der Wirtschaftspartei bereits ihre Zustimmung zur Bildung einer nationalen Regierung schriftlich erklärt. Die Sitzung wurde vom Abg. Kaiser geleitet, der vorschlug, die gemeinsamen Bemühungen auf Schaffung eines Regierungsprogramms zu richten. Hierzu wurden von der Wirtschaftspartei folgende Richtlinien vorgelegt:

1. Sparmäßige Wirtschaft in Staat und Gemeinden mit dem Ziele der Balanceierung der Haushalte ohne jede unerlässliche Mehrbelastung der sächsischen Wirtschaft.
  2. Maßnahmen gegen das weitere Zusammenbrechen sächsischer Betriebe und zur Wiederbelebung der sächsischen Wirtschaft.
  3. Durchgreifende Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit.
  4. Reglebetriebe und alle in das Aufgabengebiet der Wirtschaft eingerechneten Einrichtungen des Staates und der Gemeinden sind planmäßig abzubauen.
  5. Der Wohnungsmarkt ist wieder zu einem wirklichen Auftraggeber für die Wirtschaft durch Entlastung und Selbstreinigung zu gestalten.
  6. Aufstellung eines Vier-Jahresplanes, in dem ein planmäßiger Abbau von Ausgaben und die Vereinfachung der Verwaltung durchgeführt wird mit dem Ziele der finanziellen Entlastung.
  7. Der religiöse und nationale Geist ist in Schule und Kultur zu fördern und zu festigen.
  8. Die Anstellung von Beamten erfolgt nur nach ihrer Vorbildung und sächsischen Tüchtigkeit. Sächsisch einer Beamtenstelle nicht gewachsene Parteibeamte sind aus der Verwaltung zu entfernen.
  9. Die Ministergehälter sind mit sofortiger Wirkung zu senken. Die Gehälter der Bürgermeister sind dementsprechend umzusetzen. Die Gehälter der leitenden Angestellten in staatlichen und gemeindlichen Betrieben sind entsprechend der Notlage des Volkes herabzusetzen.
  10. Die Wohnlasten der Gemeinden sind mit einer alle erwerbstätigen Einwohner treffenden Steuer zu verstopfen.
- Die Nationalsozialisten betonten wiederholt, daß ihr Wunsch auf das Innenministerium unter allen Umständen besteht. Diese Forderung sei durch den Ausgang der Reichstagswahlen besonders begründet. Von deutsch-volksparteilicher Seite wurde darauf aufmerksam gemacht, daß das Inkraftkommen einer Reichsregierung

Silbe an dem Grundübel der deutschen Wirtschaft, an der Deiligkeit der Verträge, dem verfallenen Diktat und dem Doppelpass führt. Damit sind wir bereits mitten in den Parteihader hineingeraten. Obse Ansichten.

## Geldwunsch der Reichsregierung an Hindenburg.

Der Reichskanzler hat in nachstehendem Schreiben dem Herrn Reichspräsidenten die Geldwünsche der Reichsregierung zu seinem heutigen 83. Geburtstag übermittelt:

### „Hochgeehrter Herr Reichspräsident!“

Durch die Gnade des Himmels ist es Ihnen vergönnt, heute das 83. Lebensjahr zu vollenden. Ich beehre mich, als Reichskanzler und zugleich namens der Reichsregierung Ihnen zu dem Ehrenfest die aufrichtigsten Glückwünsche darzubringen. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß dem deutschen Volke in Ihnen das Vorbild Ihrer unermüdbaren Pflichttreue noch lange erhalten bleiben möge.

Ich darf am heutigen Tage der großen Verehrung gedenken, die Sie, Herr Reichspräsident, bei der gesamten Bevölkerung unseres Vaterlandes genießen, und die gelegentlich Ihrer Anwesenheit bei den Feiern der endgültigen Befreiung des Rheins und der Pfalz sich ganz besonders zeigte.

Ihre diesjähriger Geburtstag fällt leider in eine Zeit besonders schwieriger politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse Deutschlands. Mit mir vertraut aber Volk und Regierung darauf, daß es unter Ihrer obersten Führung gelingen wird, die Schwierigkeiten zu überwinden.

Mit verehrungsvollen Empfehlungen verbleibe ich, hochgeehrter Herr Reichspräsident,

Ihr stets ergebener  
Gen. Dr. Brüning.

von den fünf Stimmen der Demokraten und Volksnationalen abhängig sei. Es empfehle sich, zuerst über ein sachliches Regierungsprogramm zu verhandeln. Die Deutsche Volkspartei sei prinzipiell mit dem Eintritt der Nationalsozialisten in die Regierung einverstanden. Die Vertreter der Landvolkspartei, der deutschnationalen, der Christlich-Sozialen und der Wirtschaftspartei erklärten übereinstimmend ihr Einverständnis mit der Überlassung des Innenministeriums an die Nationalsozialisten. Die Aufwertungs- und nationalsozialistischen Parierungen war zu entnehmen, daß man auf jener Seite an die Zusammenlegung des Innenministeriums und des Arbeitsministeriums in einer Person denkt. Auf Übertragung des Arbeitsministeriums an die Nationalsozialisten wird schließlich entscheidender Wert gelegt.

Das von der Wirtschaftspartei vorgelegte Regierungsprogramm wird in den demnächstigen Fraktionsbesprechungen zur Besprechung stehen. In der gestrigen Parteibesprechung hat eine endgültige Stellungnahme hierzu nicht stattgefunden. In der Zwischenzeit wird hierüber mit den Demokraten und Volksnationalen verhandelt werden, und am Freitag folgt eine weitere interfraktionelle Besprechung.

## Die Nationalsozialisten fordern Gregor Straffer als Innenminister.

Dresden. In Ergänzung der von der Nationalsozialistischen Landtagsfraktion an die Wirtschaftspartei erstellten Antwort zur Regierungsbildung in Sachsen schreibt der „Freiheitskampf“: „Vor den „kleinen Herren“ — die „Großen“ sollen ja erst noch kommen — legte sich unsere Landtagsfraktion eindeutig dahingehend fest, daß sie als Grundlage ihrer Verhandlungen für die Regierungsbildung verlangte, daß Gregor Straffer Innenminister wird. Diese Forderung erheben wir noch heute! Der Nationalsozialismus ist nicht nur die härteste antimarginalistische Partei, sondern er ist im stetigen Wachstums begriffen. — Die Zeiten fernes „Ladieren“ bei ständigen Streitigkeiten ist endgültig vorbei! Entweder ist man bereit, antimarginalistisch zu regieren, dann muß man mit der NSDAP zusammengehen, oder man geht den alten Eselstrian weiter, d. h. man schont den Marxismus und beläßt die unfähigen und korrupten marxistischen Parteibeamten in ihren Ämtern, dann muß man sich darüber klar sein, daß die NSDAP einen detartigen Kurs rückwärtslos befolgen wird. — Hier gibt es kein Kompromiß! — Über Parteistreitigkeiten und Interessenswünschen steht das Wohl und Wehe der deutschen Nation! Sie verlangt Einigkeit und Opfer aller Kräfte! Und daher muß Gregor Straffer als der rücksichtsloseste Kämpfer das Werk der inneren Säuberung und Läuterung Sachsens übernehmen, damit aus der Konfusionsmasse heutigen Glanzes die freie Zukunft geboren werden kann! — Last Marxisten und Epelher heulen und jammern! Gregor Straffer muß sächsischer Innenminister werden!“

## Das Deutsche Landvolk für eine Rechtsregierung im Reich.

Sitzung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion der Partei Deutsches Landvolk.

Berlin. Parteivorstand und Reichstagsfraktion der Christl.-Nat. Bauern- und Landvolkspartei trafen gestern zu einer Sitzung zusammen. Die Fraktion wählte einstimmig den Abg. Döbrich zum Fraktionsvorsitzenden. Sie wird im Reichstag unter dem Namen Deutsches Landvolk (Chr.-Nat. Bauern- und Landvolkspartei) auftreten. Nach gründlicher Aussprache über die politische Lage wurden zwei Entschlüsse gefasst (zum Ergebnis der Reichstagswahl und zur politischen Lage) angenommen. In der Entschlüsse zum Wahlergebnis wird u. a. gesagt, das Wahlergebnis weise der Partei zu, den beruflichen Gedanken vorwärts zu tragen. In der Entschlüsse zur politischen Lage fordern Parteivorstand und Fraktion eine Umbildung der Reichsregierung unter Berücksichtigung der NSDAP, sofern sie zur verantwortungsbewußten Mitarbeit bereit ist. Eine Regierung, die marxistisch beeinflusst ist oder auch nur von marxistischen Parteien gebildet wird, wird abgelehnt. Die Mehrheit des deutschen Volkes verlange eine Abkehr von den bisherigen Wegen der deutschen Außenpolitik und dem Rampi um die Bekämpfung von den Krisenländern. Das Regierungsprogramm enthalte davon kein Wort. Die Pläne zur Rettung der deutschen Landwirtschaft hätten sich trotz ansehnlicher Tätigkeit ihres Vertrauensmannes in der bisherigen Reichsregierung nicht in dem erhofften Maße durchsetzen lassen. Weiter wird eine grundsätzliche Abkehr von dem bisherigen System der Handelspolitik gefordert. „Nur eine Regierung, die zu durchgreifenden Maßnahmen nicht nur auf den Gebieten der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern auch auf denen der Außenpolitik und der notwendigen Verfassungsreformen entschlossen ist, kann auf Unterstützung der Partei rechnen.“